

## Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs

1. Wiener Zeitung, 21.8.2003.
2. Volksstimme, 28.8.2003.
3. Österreichische Forschungsstiftung für internationale Entwicklung, online.
4. Infodienst der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Nr. 35/2003.
5. Informationsblatt der ChristInnen für die Friedensbewegung, Nr. 3/2003.
6. Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 1/2005.
7. Volksstimme. Linke Wochenzeitung, Nr. 27/2002, 4. Juli 2002, Seite 14.
8. Wiener Zeitung, Beitrag von Veronika Gasser, 15.7.2002.
9. Die Furche, Beitrag von Wolfgang Machreich, 26.7.2002.
10. KirchenZeitung, Wien, 21.7.2002, Thema der Woche, Bericht: Neuwirth, S. 4.
11. Der Standard, Wien, 15.7.2002, Bericht: Gudrun Harrer, Seite 3.

1.

Mit der europäischen Sicherheits- und Außen- und Militärpolitik befasst sich „Europa Macht Frieden – Die Rolle Österreichs“. Der vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung herausgegebene Band beruht auf Beiträgen zur Sommerakademie der „Friedensuni“ vom vergangenen Jahr. Die Anschläge vom 11. September haben nicht nur den Kampf gegen den Terrorismus, sondern auch die internationale Sicherheitspolitik verschärft. Die teils sehr wissenschaftlichen Analysen behandeln Fixpunkte der außenpolitischen Debatte wie Österreichs nach wie vor verfassungsrechtlich verankerte Neutralität, den Nahost-Konflikt und „amerikanischen Unilateralismus“ sowie dankenswerterweise Aspekte, auf die gerne vergessen wird: Dazu gehören die Entwicklungshilfe und das Sicherheitsbedürfnis des Menschen trotz Globalisierung genauso wie die Weltreligionen und deren Verantwortung für Friedenspolitik. Die zunehmende Militarisierung der EU sehen die Autoren, wenig überraschend, skeptisch.

Rezension: Heike Hausensteiner

Quelle: Wiener Zeitung, 21.8.2003, Seite 5.

2.

Jedes Jahr veranstaltet das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung eine Internationale Sommerakademie. Militarisierung versus Neutralität war eines der brisanten Themen 2002.

Das soeben erschienene Buch, herausgegeben vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung unter der Projektleitung von Thomas Roithner, thematisiert die vorherrschenden Trends der europäischen Sicherheits-, Außen- und Militärpolitik. Aber vor allem die Rolle Österreichs und die Bedeutung der immerwährenden Neutralität werden teilweise kontrovers diskutiert und analysiert. Weitere Themenkomplexe, die in den sehr unterschiedlich langen Artikeln behandelt werden, befassen sich mit einer möglichen Friedenspolitik und Strategie der EU, mit dem Problem der zunehmenden Militarisierung und Annäherung an die NATO und der Rolle der neutralen Staaten, mit sicherheitspolitischen Hegemoniefragen, entwicklungspolitischen Perspektiven und nicht zuletzt mit einer neuen atomaren Aufrüstung.

Die einleitenden Artikel führen in die Strukturen und Perspektiven einer möglichen gemeinsamen EU-Sicherheitspolitik ein. Generell sind sich die AutorInnen darüber einig, wenn auch mehr oder weniger dezidiert formuliert, dass Österreich nicht mehr als neutralen gelten kann. Die Regierungen haben still und heimlich, seit dem EU-Beitritt mit Gesetzen, die von großen Teilen der Bevölkerung unbemerkt blieben, die immerwährende Neutralität Österreichs in eine Bündnisfreiheit unformuliert. Unauffällig deswegen, weil Meinungsumfragen in den letzten Jahren eindeutig den Bevölkerungswillen zum Beibehalt der Neutralität in ihrer ursprünglichen Form ausdrücken und wie auch immer gearteten Aufweichungen gegenüber der Möglichkeit militärischer Einsätze, die über eine Friedenssicherung hinausgehen, eine eindeutige Absagen erteilen. Wie Thomas Roithner in seinen Artikel richtig zitiert, hat Bundeskanzler Wolfgang Schüssel behauptet, dass die Neutralität in Europa keinen Platz mehr haben darf. Wie immer eifert Österreich den großen Staaten der EU hinterher. Dies zeigt sich auch eindeutig in der Haltung Österreich zu seiner Neutralität, im Unterschied zu bspw. Irland, dessen Bevölkerung per Volksabstimmung die Ratifizierung des Vertrages von Nizza ablehnte. Erst eine eingeräumte Sonderstellung, die auch Österreich hätte einnehmen können, ließ die IrInnen zustimmen.

Die Abwicklung und Entwertung der österreichischen immerwährenden Neutralität geht Hand in Hand mit der europäischen Entwicklung einer verstärkten Militarisierung und dem Versuch, eine Erhöhung der Militärausgaben pro Land verpflichtend festzulegen. Manfred Rotter zeigt in seinem Artikel „Europa macht Frieden – Macht Europa Frieden? Die Strukturen“ wie die Rüstungsindustrie nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, durch den Wegfall des Feindes kurz in Panik, über eine Neudefinierung eines möglichen Bedrohungsszenarios versucht, Mehrausgaben für die Rüstung nicht nur zu legitimieren, sondern auch für alle Länder, egal ob sie sich an Einsätzen beteiligen wollen, verpflichtend in den Mitgliedsbeiträgen festzuschreiben.

So schreibt Rotter, dass seit 1991 die NATO „immer wieder neue strategische Konzepte“ vorschlägt, die den „Aktionsradius des Bündnisses, und damit im Grunde genommen den Aktionsradius militärischer Einrichtungen, geradezu explosionsartig

erweitert hat“. Wie vor allem die angeführte „Diffusheit und Unschärfe der Bedrohungen“ dazu benutzt werden, Bedrohungselemente zu unterstreichen.

So hat vor allem der 11. September 2001 diese Form der Argumentation massiv unterstützt. Vorausgesetzt, so Rotter weiter, dass diese virtuelle Bedrohungen der Annahme folgt, dass „Militärmaßnahmen ein geeignetes Mittel der Terrorbekämpfung sind“. Der Schluss aus der anwachsenden Militarisierung der EU, nämlich eine Marginalisierung der UNO und der OSZE, ist zweifelsohne zu erkennen.

Auch wenn die Friedenssicherungen und Förderung als anzustrebendes Ziel bewertet wird, so wurde auch festgehalten, dass sowohl Grüne als auch SPÖ, bis auf wenige Ausnahmen, den EU-Gesetzen, die zur Aushöhlung der Neutralität und zur Förderung der Aufrüstung der EU führen, zugestimmt haben. Als weitere Aufgaben neben der Friedenserhaltung, sollte die EU auch noch stärker in vermittelnder Position, vor allem im Nahost-Konflikt, tätig werden.

Rezension: Katarina Ferro

Quelle: Volksstimme, Nr. 35/2003, 28.8.2003, Seite 4.

*Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung und Redaktion: Roithner Thomas: Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs, 348 Seiten, Dialog 42 – Beiträge zur Friedensforschung, ISBN 3-89688-186-8, Agenda Verlag, Münster 2003.*

3.

Key words: *Europa; Österreich; Frieden; Krieg; Friedenspolitik; Sicherheitspolitik; EU; Freiheit; Militär; Globalisierung; Neutralität; Konflikt; USA; Entwicklung; Entwicklungspolitik; Zukunft; Südliches Afrika; Wirtschaft; Markt; EU; Völkerrecht; Rüstungsindustrie; Friedensbewegung; Zivilgesellschaft; Religion; Waffe; IAEA; Irak; Gerechtigkeit; Soziale Gerechtigkeit; Massenvernichtungswaffe; Waffe; Waffenhandel; Waffenlieferung; Militär; Rüstung; Militarismus; Militär; Militärherrschaft; Militärische Zusammenarbeit; Militärpolitik; Nahostkonflikt; Regionaler Konflikt; Araber; Außenpolitik; Außenpolitischer Konflikt; Gewalt; Staatliche Gewalt; Nichtstaatliche Organisation; 11.September*

Zahlreiche prominente Autoren, Aktivisten und Wissenschaftler diskutieren in diesem Buch die Trends der europäischen Sicherheits-, Außen- und Militärpolitik und die Rolle des – noch – neutralen Österreichs. Insbesondere die Themenkomplexe zukunftsfähige europäische Friedensordnung, geopolitische Konfliktformationen des 3. Millenniums, neue Bedrohungen für das 21. Jahrhundert, entwicklungspolitische Perspektiven Europas, Ökonomie eines friedlichen Europas, sicherheitspolitische Hegemoniefragen und atomare Abrüstung werde hier einer vertieften Analyse unterzogen. Dabei wird auch die gegenwärtige Militarisierung der Europäischen Union und die Zielsetzungen aus friedenspolitischer und friedenswissenschaftlicher Sicht gestellt.

ÖFSE SIG: 08285/42

*Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Roithner, Thomas (Hrsg.): Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs, Dialog: Beiträge zur Friedensforschung. 08285/, 42 Agenda Frieden, Münster: Agenda, 2003, 348 Seiten*

Quelle: Österreichische Forschungsstiftung für internationale Entwicklung, Wien, [http://www.oefse.at/bibliothek/neuzugaenge/novi\\_text1003.htm](http://www.oefse.at/bibliothek/neuzugaenge/novi_text1003.htm)

4.

Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs – Beiträge zur Friedensforschung 42 (Hg: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung)

Der aktuelle Band setzt sich mit verschiedenen Fragestellungen einer zukunftsfähigen Friedens- und Sicherheitspolitik auseinander. Die einzelnen Kapitel behandeln unter anderem: \* Die neuen geopolitischen Konfliktformationen des 3. Millenniums und die Rolle neutraler Kleinstaaten \* Die neuen Bedrohungen für Europa im 21. Jahrhundert – Schimäre oder Wirklichkeit \* Die EU als Sozial- und Friedensmacht? \* das Konfliktgeschehen im Nahen und Mittleren Osten \* Fokus: Weltreligionen und Friedenspolitik u.v.a.m.

Infos: Thomas Roithner (OeSFK), Tel. 01 79 69 959, [mailto: roithner@aspr.ac.at](mailto:roithner@aspr.ac.at)

Quelle: OeEZA-Infodienst, Nr. 35 / August 2003. Ein Service der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium, <http://www.bmaa.gv.at/eza>

5.

Das neue Buch des Friedensforschungsinstituts Schlaining behandelt die Fragen der europäischen Sicherheitspolitik und die Rolle Österreichs. AutorInnen sind u.a. Gerald Mader, Erwin Lanc, Otmar Höll, Peter Strutynski, Walter Sauer, Birgit Mahnkopf, Stephan Schulmeister, Franz Leidenmühler, Johan Galtung und Claudia Haydt. Es wird auch eine Diskussion über „Verantwortung der Weltreligionen für Frieden und soziale Gerechtigkeit“ dokumentiert. Infos und Bestellungen: Dr. Thomas Roithner, 1040 Wien, Wiedner Gürtel 10, E-Mail: [roithner@aspr.ac.at](mailto:roithner@aspr.ac.at)

Quelle: Informationsblatt der Christinnen und Christen für die Friedensbewegung, Nr. 3/2003, Wien, Seite 16.

6.

Der Band „Europa Macht Frieden“ ist die Zusammenfassung der Beiträge zur Sommerakademie des „Österreichischen Studienentrums für Frieden und Konfliktlösung“ auf Burg Schlaining im Juli 2002. Als roter Faden zieht sich die These der „Militarisierung“ Europas und die Kritik an den USA durch den Großteil des Buches. In einer sehr eurozentrischen Sichtweise wird eine negative Bilanz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gezogen, weil sie sich angeblich zu sehr auf „hard power“ stütze. In diesem Zusammenhang wird unkritisch die derzeitige Betonung asymmetrischer Konflikte reflektiert und der Eindruck erweckt, als ob Streitkräfte für konventionelle Auseinandersetzungen überhaupt nicht mehr gebraucht würden. Der Eurozentrismus zeigt sich in der Ignoranz einer außereuropäischen Sicht der Dinge. So ist es, um ein krasses Beispiel zu geben, einfach nicht hilfreich, wenn bei der Diskussion von Entwicklungshilfe-problemen Vergleiche zu den Problemen des österreichischen Antifaschismus gezogen werden (Walter Sauer, S. 166).

Idealismus ist gut, nötig und steht in bester europäischer Tradition; die Weltsicht darf sich aber nicht auf Befindlichkeiten stützen. Bei der Lektüre kann man sich des Eindruckes der Unausgewogenheit des Urteils auf Grund eines bestimmten politischen Blickwinkels nicht entziehen. Bei den überaus zarten Bestrebungen, eine ESVP auf die Beine zu stellen, wird eine Ungleichgewichtung der GASP zugunsten militärischer Lösungen unterstellt. Es fragt sich, ob nicht manch einer selbst dem Phänomen erlegen ist, das Carola Bielfeldt (S. 114) beschreibt: Militärische Ansätze werden einfach stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Skurril, wenn auch kaum dem wissenschaftlichen Diskurs dienlich ist, wenn in trivialer Weise marxistische Deutungsmuster herangezogen werden und ein „militärisch-industrieller“ Komplex als (Gerald Mader, S. 11, Thomas Roithner, S. 40) als Verhinderer einer alternativen Politik genannt wird.

Wenn es dann um die Zukunft geht, gleiten die Forderungen ins Utopisch-Diffuse ab. (S. 53: An die Stelle des Militärs müssen ... andere Organisationen treten ...) Wohltuend nüchtern hebt sich dagegen der Artikel von Othmar Höll ab. Merkwürdiger sind Widersprüche: Wieso sollen Europäer den Amerikanern für die Befreiung vom Nationalsozialismus dankbar sein (Gerald Mader, S. 13) und gleichzeitig die Politik der USA gegenüber dem Diktator Saddam ablehnen? Bemerkenswert sind eklatante Falschinformationen. Roithner schreibt (S. 39) – 2002 –, dass die EU-Eingreiftruppe schon einsatzbereit sei und auch eingesetzt werde. (Andere Autoren schreiben es richtig. [Anm. des Herausgebers: das Buch erschien im Juli 2003 und der EU-Einsatz „Artemis“ im Kongo war zu dieser Zeit bereits operativ]) Peter Strutynski beklagt, eine zunehmende Schere zwischen der österreichischen Regierung, die von der Neutralität abrücke, und der Bevölkerung, die diese wolle; nicht ohne vier Seiten vorher die Borniertheit eines Mediensystems zu beklagen, in dem für zwei Drittel der Menschen dasjenige nicht existiere, was nicht in Boulevardzeitungen vorkomme; versehen mit dem Nachsatz, dass der „aufgeklärte Teil der Bevölkerung“ diesen Umstand kenne. Recht hat er, aber warum beklagt er sich? Die „Krone“ tritt ja für die Neutralität ein und die unaufgeklärte Masse folgt ihr (wie bei den Abfangjägern). Hat jetzt die Borniertheit der Massen in Gestalt einer funktionslos gewordenen Neutralität gesiegt?

Die Unsicherheit über die Positionierung Europas in der Welt wird auch in diesem Band immer wieder deutlich. So, wenn Werner Ruf fordert, dass das UNO-System gestärkt würde, und gleichzeitig beklagt, dass der Sicherheitsrat „seine Verantwortung als Institution des suprastaatlichen Gewaltmonopols ad acta“ gelegt habe. Interessant ist, dass er einer Neutralitäts-Erklärung Deutschlands das Wort redet, die im Grunde eine neue Variante des viel diskutierten „deutschen Sonderweges“ wäre.

Ein seit dem Kosovo-Krieg stets virulentes Thema, den Krieg ohne UNO-Sicherheitsratsbeschluss, greift Manfred Rotter in seinem Beitrag auf, wenn er aufzeigt, dass sich die EU in der GASP bei Militäreinsätzen nicht an ein Mandat des Sicherheitsrates bindet. Rotter tritt für eine solche Bindung ein. Es wäre zu einfach mit dem Hinweis auf die UNO-Charta und ihrem Konfliktlösungsmechanismus einen Schlussstrich unter die Diskussion zu ziehen. Das Spannungsverhältnis Ethik – Recht, die problematische Verfasstheit der UNO mit dem Veto-Recht der ständigen Sicherheitsratsmitglieder, der Umstand, dass ein EU-Militäreinsatz die Zustimmung von (nunmehr) 25 Staaten – rund ein Siebtel aller Staaten der Erde – verlangt, also einen sehr breiten Konsens demokratischer Staaten voraussetzt: All das gehört in die Diskussion mit einbezogen, die wohl noch lange nicht zu Ende ist. Eine gegenteilige Auffassung vertritt Franz Leidenmühler. Er sieht, im Gegensatz zu Rotter, keine Änderung im Status Österreichs als Neutraler. Er sieht die grundsätzliche Bindung der EU wie ihrer Mitgliedstaaten an die UNO-Charta als ausreichend, so dass ein Handeln im Rahmen der Petersberg-Aufgaben nur auf Grund der UNO-Charta möglich sei. Daher sei § 23 f. des B-VG auch keine Ermächtigung, neutralitätswidrige Akte zu setzen.

Auch die ökonomische Ursache von Konflikten wird in zwei Beiträgen behandelt. Birgit Mahnkopf führt sie auf die so genannte „Globalisierungsfalle“ zurück, während Stefan Schulmeister ein differenziertes Bild entwirft und eine Kritik des Neoliberalismus gibt. In den Bereich Ökonomie fallen auch die Beiträge über die Entwicklungshilfe, die, nicht wenig überraschend, als nicht angemessen qualifiziert wird.

Eine bereits abgeschlossene Entwicklung behandelt der Beitrag von Patricia Bauer über die EU-Osterweiterung. Claudia Haydt gibt eine gute Darstellung des Standes des Konfliktes Israel-Palästinenser. Den Themenkomplex Atomwaffen, ihre aktuelle Verbreitung und ihr Gefahrenpotenzial sowie Abrüstungsbestrebungen behandeln Friedrich Korkisch und Bernhard Wrabetz.

Der Band verschafft einen informativen Überblick über Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik Europas aus Sicht der politischen Linken unter Berücksichtigung Österreich, aber auch der internationalen Lage.

Quelle:

G. Brettner-Messler (2005): Buchbesprechung „Europa Macht Frieden – Die Rolle Österreichs“, Seite 131-132, in: Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.): Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 1/2005, XLIII. Jahrgang, Jänner/Februar 2005, Wien.

7.

## Europa Macht Frieden

### 19. Internationale Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Burg Schläining

Die diesjährige Sommerakademie des Friedensforschungsinstituts ist thematisch um die Fragen der weiteren Entwicklung Europas und insbesondere der EU zentriert. „Europa Macht Frieden“ oder „Macht Europa Frieden“? so formuliert Thomas Roithner, der Koordinator der Akademie, einleitend im Vorwort des Programms. „Seit der großen geopolitischen Wende des Jahres 1989/90 hat sich vieles auf diesem Kontinent ereignet: Die EU entwickelt sich von einer Wirtschaftsgemeinschaft zu einem politischen globalen Machtfaktor. Die geopolitische Situation in Europa wird gegenwärtig schon als der ‚Neue Kalte Krieg‘ (Achcar) bezeichnet. Die traurigen Terroranschläge in den USA haben die begrenzte Wirksamkeit von Aufrüstung und konventionellem Sicherheitsdenken aufgezeigt. Sind die neuen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts Schimäre oder Wirklichkeit? Viele Menschen in Europa betrachten

ihre demokratische, sozial- und friedenspolitische Zukunft angesichts des Tempos und der Richtung der wirtschafts- und militärpolitischen Integration mit Sorge. Das „Europa der BürgerInnen“ hat scheinbar viele Menschen noch nicht erreicht. Dabei stellt sich auch die Frage, wie groß der Spielraum der Nationalstaaten für eine eigenständige Politik innerhalb Europas überhaupt noch ist. Wie kann die Ökonomie und die Sozialpolitik eines friedlichen Europas aussehen? Das Stichwort der ‚anderen Globalisierung‘ eröffnet nicht erst seit den Massenprotesten gegen die heutige Weltwirtschaftsordnung neue Denkwege. Es stellt sich im Zuge der gemeinsamen Außenpolitik auch die Frage, ob die EU entwicklungspolitisch – als global payer‘ und ‚global player‘ – der Rolle als weltweite Sozial- und Friedensmacht gerecht wird. Diese Fragestellungen führen uns auch zur Rolle Österreichs im Spannungsverhältnis ‚Europa Macht Frieden‘. Welchen Einfluss kann das neutrale Österreich in Zeiten der Militarisierung der EU und dem europaweiten radikalen Umbau des Sozialstaates auf die Friedensfähigkeit Europas ausüben? – Europa steht vor wachsenden Herausforderungen, die wir am Beginn des neuen Jahrhunderts annehmen müssen.“

Ein weiter Bogen also, der von den neuen Konfliktformationen über Entwicklungspolitik der EU bis zur Frage der Gestaltung einer zukunftsfähigen Friedens- und Sicherheitspolitik gespannt wird. Ihr Kommen zugesagt haben u.a. Manfred Rotter (Völkerrechtler, Universität Linz), (Peter Strutzynski (Politikwissenschaftler, Gesamthochschule Kassel), Carola Biefeldt (Politikwissenschaftlerin, Universität Innsbruck), Andreas Zumach (Journalist, Genf), Werner Ruf (Politologe, Universität Kassel), Klaus Renoldner (IPPNW Österreich), Paul Chaim Eisenberg (Israelitische Kultusgemeinde), Otmar Höll (ÖIIP, Universität Wien), Erwin Lanc (Bundesminister a.D., IIP) Gertraud Knoll (Evangelische Kirche), Walter Sauer (Universität Wien), Stephan Schulmeister (Wirtschaftsforscher), Birgit Mahnkopf (Fachhochschule für Wirtschaft Berlin) und Johan Gaitung.

In den Diskussionen und Workshops sollen eine Analyse des Ist-Zustands und Aktionsmöglichkeiten für die Friedensbewegungen ermittelt werden. Dies hat auch für Österreich unmittelbare Relevanz. Denn Österreich soll nach dem Willen der politischen Eliten durch die Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und an einer geplanten EU-europäischen „Verteidigung“ (Stichwort: interventionistische Euro-Armee und Österreichs Zusage für 3000 Mann/Frau) seine Neutralität entweder nur mehr außerhalb des EU-Gebietes deklarieren oder – noch besser – ohne großen Aufwand als totes Recht in der Versenkung verschwinden lassen. Eine zukunftsfähige Politik von Neutralitäts- und Friedenspolitik als Alternative zur Militarisierung der EU wird schon lange nicht mehr betrieben. Entwürfe einer europäischen Außenpolitik, wie im Lichte der Erweiterung der EU um Mitglieder, die bereits NATO-Paktstaaten sind, dennoch ein ziviles Gegengewicht gegen die fortschreitende Militarisierung der internationalen Beziehungen formuliert werden könnte, sind eine lohnende Aufgabe. Eine Woche dafür ist sicher kurz – aber grundlegende Diskussionen breit möglich anzulegen, das sollte gelingen.

Hohe Aktualität – und Roithner formuliert es kurz im Vorwort – haben auch die Fragen nach dem Schulterschlussprinzip in der gegenwärtigen Politik, demnach ja der Kampf gegen den Terrorismus (Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns – George W. Bush) keine Neutralität kennt, wie auch (zu) viele österreichische PolitikerInnen nach dem 11. September formuliert haben. Mittlerweile erklärte die US-Administration, dass ein lang andauernder globaler Krieg ausgefochten wird. Die USA sind aus dem ABM-Vertrag ausgestiegen und drohen Abrüstung und Rüstungskontrolle künftig nur mehr nach den eigenen jeweiligen geostrategischen Interessen zu interpretieren. Jüngst erst wurde die sog. Bush-Doktrin als neue US-amerikanische Militärdoktrin deklariert: die USA behalten sich das Recht vor, weltweit „präventiv“ militärisch zu intervenieren, wo sich bloßer Verdacht auf terroristische Aktivität zeigt, sowie sie sich auch das Recht vorbehalten, sog. Mini-nukes zu entwickeln und einzusetzen. Diese Miniatombomben und v.a. die Ankündigung des jederzeitigen Einsatzwillens durch die USA verändern den Charakter der „Bombe“ von der Abschreckung hin zur einsetzbaren Größe. Der sogenannte Kashmir-Konflikt (Pakistan-Indien) und die Drohung mit A-Waffeneinsätzen führte erschreckend deutlich das Problem der Proliferation von Atomwaffen vor Augen, die zum größten Teil den fünf Atommächten geschuldet ist. Zum Schluß sei noch der jüngste SIPRI-Bericht 2001 angeführt, wo das Stockholmer Friedensforschungsinstitut vor einem „Sprung nach oben“ in den weltweiten Rüstungsausgaben warnt.

So ist es also wichtig, die Sommerakademie als eine Möglichkeit und ein Angebot zu begreifen, eine Analyse dieser Fragen anzugehen und mögliche Aktivitäten dagegen, auf der Grundlage friedenswissenschaftlicher Erkenntnisse, herauszuarbeiten. Denn ohne die Perspektive von Gegenkampagnen bleibt womöglich sichere Verzweiflung. Auch und gerade gegenüber den Militarisierungsplänen in der EU, hinsichtlich des künftigen Verhältnisses eines ebenfalls interventionistischen Blocks gegenüber den USA und der NATO – denn die USA lassen keinen Zweifel daran bestehen, daß sie für ihre globalen Kriege die NATO für unnötig erachten („Die Mission bestimmt das Bündnis“, so ließ es die Administration Bush schon mal ausrichten). Europäische NATO-Politiker weisen (jüngst erst auf der „Sicherheitskonferenz“ in Wien) immer wieder auf die „Notwendigkeit“ der Aufrüstungsanstrengungen der NATO-Vereinigten im Hinblick auf das Verteidigungsbudget der USA hin – wird hier in umgekehrter Himmelsrichtung die alte Totrüstung wieder eingeführt? Und wie stehts um die Vereinten Nationen, denen nach Charta und Völkerrecht die alleinige Verfügung über Krieg und Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg zusteht – Bush und Kumpare reden gar nicht mehr darüber, sie lassen die UNO einfach in der Wüste stehen. Hegemonialmachtansprüche, Imperialismus und die Rolle der Internationalen Organisationen kann auch ein spannendes Kapitel der Akademie sein – welche Entwicklungen und Kräfteverhältnisse sind in der nächsten Zeit abschätzbar und wie sollte sich das System der internationalen Beziehungen entwickeln? Wie können wir verhindern, daß die Antworten auf all zu viele Fragen in der internationalen Politik fast nur mehr militärisch definiert werden?

Diskutiert und gearbeitet wird in sechs Workshops, die die ganze Woche hindurch jeweils parallel von 15 – 18 Uhr stattfinden. Neben den schon angeführten Themen wird auch ein Workshop zu „Der Nahostkonflikt: Geschichte – Dynamik – Perspektiven“ auf die Situation in Israel und Palästina eingehen. Interessant wird ganz sicher auch der Workshop „Multimedia, Medienkonzentration und Machtgefälle – Der Informations- und friedenspolitische Graben im Cyberspace“, der sich mit dem Internet und seinen gesellschaftspolitischen Auswirkungen beschäftigen wird.

Andreas Pecha (Friedensbüro Wien)

**wann + wo |**

**07 – 13 / Juli / 02**

■ **Schläining (Burgenland):** Für die Teilnahme an der Akademie ist eine Anmeldung erforderlich!

**Auskünfte, Anfragen und Anmeldung:**  
Dr. Thomas Roithner in der ÖSFK Außenstelle Wien  
Tel. ++43 (0) 1 – 79 69 959  
Fax ++43 (0) 1 – 79 65 711  
e-mail: asprvie@aspracat

**Programm:**  
www.asprac.at/sak2002.htm

**Unterbringungsmöglichkeiten:**  
Hotel Burg Schläining: Tel. 033 55 – 2600. Haus International: Tel. 033 55 – 2667. Kostenlose Unterbringung: Eine kostenlose Nächtigung mit Schlafsack ist im Turnsaal der Volksschule Schläining möglich. Waschmöglichkeiten sind ebenfalls kostenlos nutzbar. Einfache Campingmöglichkeit am Sportplatz der Gemeinde ist gegeben.

**Europa Macht Frieden**

19. Internationale Sommerakademie  
Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK), Burg Schläining  
Sonntag, 7. Juli – Samstag, 13. Juli 2002

Quelle: Andreas Pecha: Europa Macht Frieden in: Volksstimme. Linke Wochenzeitung, Nr. 27/2002, 4. Juli 2002, Seite 14.

Home EU Staat Wirtschaft Kultur Wissen Computer

Suche in

Zeitung  
Anschlag  
Internet

Software  
EDV-Links

Nur Text

**WIENER ZEITUNG**

**Schulmeister: Globalisierung als Ausrede**  
Rückzug der Politik und unsichtbare  
Machtzentren

Von **Veronika Gasser**

**"Europa Macht Frieden." So lautete das Motto der diesjährigen Sommerakademie im Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung in Schiaining/Burgenland, die am Samstag zu Ende ging. Im Fokus der Diskussionen standen u. a. die Themen Globalisierung und Daseinsvorsorge, sowie die Frage "Was kann Österreich dazu beitragen?"**

Mit unse Suchseit Sie in de und im I rearch Nutzen S Link-San um EDV- Unternef Software finden.

#### WZ-Debatten

Für den Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister fungiert der diffuse Begriff Globalisierung oft als "Ausrede für hausgemachte Probleme". Obendrein verbreite er Resignation, denn das Abstraktum Globalisierung könne nicht konkret bekämpft werden. Deshalb lautet seine These, es müssen die Zentren der Macht wie zum Beispiel die Europäische Zentralbank sichtbar gemacht werden. Sein Rat an Nichtregierungsorganisationen: Sie sollten mit medienwirksamen Aktionen auf jene "EU-Institution mit höchster Machtkonzentration, die vor allem die Interessen des Finanzkapitals vertritt", hinweisen.

Die Crux liegt für Schulmeister im Rückzug der Politik. Sie habe sich von ihrer Verantwortung weitgehend verabschiedet. Der Wettbewerbs- und Spardruck seitens der EU mache es den Politikern auch leicht, Entscheidungen, die in Österreich getroffen werden, auf Brüssel abzuwälzen. Beim Abbau von Sozialleistungen sollte die Bevölkerung jedoch mitentscheiden dürfen.

Die Krisen auf den Aktienmärkten, die die Selbstzerstörung des Finanzkapitals einleiteten, sollten genutzt werden. Der Ökonom sieht sie als beste Zeitpunkte für NGO's und Arbeitnehmerbände, sich zu organisieren und Widerstand zu leisten. Als Verbündete müssten die klein- und mittelständischen Unternehmen geworben werden, denn sie seien ebenso "Leidtragende der zusammenbrechenden Aktienkurse".

Auf Ebene der Welthandelsorganisation (WTO) sieht Schulmeister ebenfalls Spielraum. Österreich müsste der Liberalisierung des Dienstleistungssektors keineswegs zustimmen. Die Stadt Wien habe erkannt, dass Wasserversorgung, Nahverkehr sowie andere Bereiche der Daseinsvorsorge nicht dem freien Markt ausgeliefert werden dürfen - und sie leiste teilweise erfolgreich politischen Widerstand.

Erschienen am: 15.07.2002

Quelle: Wiener Zeitung, Beitrag von Veronika Gasser, 15.7.2002.

# DIE FURCHE

Freitag, 26. Juli 2002, 14:20 Uhr

Wochenzeitung für Gesellschaft, Politik, Kultur, Religion und Wirtschaft

Seite 1    Kommentar    Politik    Debatte    Im Gespräch    Religion    Schwerpunkt    Gesellschaft    Feuilleton

INHALT

HOME

LINKS

TESTABO

FURCHEABO

IMPRESSUM

E-MAIL

LESERMEINUNG

INSERIEREN

ARCHIV

AUSKUNFT



Schon nächstes Jahr soll die EU-Eingreiftruppe stehen. Mit der Eurofighter-Bestellung hat Österreich bereits eine entscheidende Vorleistung erbracht.

## Einer für alle...

Bild: Was Oberbefehlshaber, Minister und Militärlund als Zukunftsvision vorschwebt: Österreichische Flieger im EU-Verbund?

Von Wolfgang Machreich

Die Partner für einen Kampfeinsatz, die Waffenbrüder und Verbündeten in einem kriegerischen Konflikt werden in Zukunft nicht mehr vorrangig nach politischen Kriterien, sondern nach der Art und Beschaffenheit ihrer Waffensysteme und militärischen Ausrüstung ausgewählt werden. So die These von Stefan Gose, Konfliktforscher in Berlin, der bei der letztwöchigen Internationalen Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung auf Burg Schlaining im Burgenland zur Thematik „Europäische Rüstungsindustrie“ referierte. „Wer hat für diesen Einsatz jetzt und hier das passende Gerät?“ nennt Gose die entscheidende militärische Frage der Zukunft. Gleichzeitig bedeutet das aber auch, dass Staaten mit Rüstungskäufen ihren späteren militärischen Einsatz präjudizieren können. In diesem Licht interpretiert Gose jedenfalls die Entscheidung der österreichischen Bundesregierung für den Eurofighter Typhoon. „Ein „starkes, ein wunderbares Symbol“ für Österreichs Solidarität mit dem übrigen militärischen Europa werde mit diesem Kauf gesetzt, ist der deutsche Rüstungsexperte überzeugt. Jetzt käme es nur mehr noch auf die „richtige Bewaffnung“ des Fliegers an, so Gose, um sich endgültig als Fixstarter in einem europäischen Luftkriegsgeschwader positionieren zu können.

Ein Gedanke, der Herbert Scheibner nicht fremd ist. „Wenn wir wie die Schweden Flugzeuge zur Verfügung stellen, brauchen wir weniger Soldaten einzubringen“, erklärte der Verteidigungsminister gegenüber dem dieswöchigen profil. Während Österreich derzeit 2000 Soldaten bereitstelle, heißt es im Nachrichtenmagazin, biete Schweden der EU-Armee sechs Jagdflugzeuge und 900 Mann. Scheibner dazu: „Mir ist lieber, wenn ich weniger Soldaten in Einsätze schicke, weil dann die Wahrscheinlichkeit von Todesfällen oder Verletzungen geringer ist.“

### Keinesfalls eine „EU-Armee“

Bestechende Gleichung, die Frage ist nur, ob die Rechnung aufgeht. Eine Richtigstellung gleich vorweg. Auch wenn immer wieder, wohl auch wegen der Kürze und Einprägsamkeit des Ausdrucks, von einer „EU-Armee“ die Rede ist. Keinesfalls soll jedoch vorerst im Rahmen der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) eine gemeinsame europäische Verteidigung etabliert werden. Fundament der kollektiven Verteidigung ist weiterhin die NATO für ihre Mitgliedstaaten und die angestrebten europäischen Streitkräfte bleiben unter nationalem Kommando. Lediglich für die Dauer einer EU-geführten Krisenmanagement-Mission würden sie einem gemeinsamen Oberkommando unterstellt.

In der neu erschienenen Publikation „Europas ferne Streitmacht“, herausgegeben vom Beauftragten für Strategische Studien im Verteidigungsministerium, Erich Reiter, heißt es in diesem Sinne: „Die Staats- und Regierungschefs betonten beim

SUCHE



Sc



15.

Fe

Tr  
Fin  
So  
Pa  
no

Im

Ko  
Lie  
pol

Gipfeltreffen in Laeken im Dezember 2001 erneut, dass es beim Aufbau einer europäischen schnellen Eingreiftruppe gemäß dem European Headline Goal nicht um den Aufbau einer Europäischen Armee geht.“ Tenor der Beiträge von verschiedenen Sicherheitsexperten in dem gewohnt detaillierten und aufschlussreichen Band ist jedoch die Forderung, die „langfristig vorstellbare Entwicklung“ in Richtung einer europäischen Streitmacht durch „Harmonisierung nationaler Streitkräfte“, durch „Abbau der vorhandenen Modernisierungsdefizite und Fähigkeitslücken“ und mit Hilfe „erheblicher finanzieller Aufwendungen“ der EU-Mitgliedstaaten „frühestmöglich“ zu konkretisieren und zu unterstützen.

pol

#### **Geringe Chancen für GASP**

Wobei die Chancen auf Umsetzung dieser Forderung unisono als sehr gering eingeschätzt werden und die in- und ausländischen Kommentatoren mit Herausgeber Erich Reiter konform gehen, der weder den Willen der EU-Staaten für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) die diesen Namen verdient, noch einen Willen zur Erhöhung der Verteidigungsanstrengungen erkennen mag. Daran werde auch die Erweiterung der Union, so Reiter, weder in die eine oder andere Richtung etwas ändern. Im ebenfalls gerade vorgelegten ersten Band des diesjährigen „Jahrbuchs für internationale Sicherheitspolitik“ hält der Militärstrategie mit seiner Skepsis nicht hinterm Berg: „Mit oder ohne Erweiterung sind die Chancen für eine wirkliche GASP und für eine verfestigtere, außenpolitisch handlungsfähige EU, die ihren staatstragenden Charakter weiterentwickelt, nach derzeitiger Beurteilung nicht gut. Das, was ohnedies auf absehbare Zeit wenig wahrscheinlich ist, wird durch die Erweiterung noch unwahrscheinlicher.“

#### **2003 soll die Truppe stehen**

Dieser spürbare Pessimismus gegenüber der raschen Umsetzung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht in einem gewissen Widerspruch zum Zeitplan, den die Politik, aber auch äußere Umstände diesem Projekt auferlegt haben. So steht der Schutz der internationalen Beobachter in Mazedonien an Stelle der NATO eventuell schon mit Herbst dieses Jahres ins Haus. Eine weitere Operation im Rahmen der ESVP wäre die Übernahme der Polizeitruppe in Bosnien-Herzegowina von den Vereinten Nationen ab Jahresbeginn 2003. Ein Datum, das auch mit der politischen Richtmarke für die Umsetzung des „Helsinki Headline Goal“ korreliert. Bis spätestens nächstes Jahr sollen nämlich – 1999 beim Europäischen Rat von Helsinki beschlossen – die militärischen Kapazitäten für EU-geführte Operationen vorhanden sein: Streitkräfte im Umfang von 50.000 bis 60.000 Personen, die innerhalb von 60 Tagen und für mindestens ein Jahr den „Petersberg-Aufgaben“ in ihrer ganzen Bandbreite gerecht werden können.

Damit schließt sich der Kreis zu Stefan Gose und Herbert Scheibner. Denn mit der Aufforderung nach Bereitstellung von militärischen Kapazitäten geht die Frage nach den benötigten Waffensystemen einher. Für Österreich und die anderen Neutrals im EU-Verband stellt sich gleichzeitig aber auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Loyalitätspflichten gegenüber der EU und den Neutralitätspflichten gegenüber der völkerrechtlichen Staatengemeinschaft. Franz Leidenmüller, Völkerrechtler in Linz, belegte bei der Tagung in Schlaining, dass „im Verbund der GASP bzw. ESVP durchaus Platz für dauernd Neutrale ist“. Leidenmüller verweist auf Irland, dem beim letzten EU-Gipfel in Sevilla bestätigt wurde, dass die vergemeinschaftete Sicherheitspolitik „seine traditionelle Politik der militärischen Neutralität unberührt lässt“. Eine ganz andere Frage – die der Völkerrechtler derzeit negativ beantwortet – ist, „ob Österreich gewillt ist, die vorgefundenen Möglichkeiten wahrzunehmen bzw. auszuschöpfen“.

← ZURÜCK

DIE FURCHE - Lobkowitzplatz 1 - 1010 Wien - Tel : +43 1/512 52 61 - Fax : +43 1/512 82 15 - E-Mail: r

Quelle: Die Furche, Beitrag von Wolfgang Machreich, 26.7.2002.

## 4 Themen der Woche

Friede verträgt kein Aufrechnen und keine Verniedlichung, **Friede ist harte Arbeit**. Ein Stück davon wurde auf der „Friedensburg“ Schlaining getan.



# Friede zum Beißen

Weltreligionen auf einem Pax-Christi-Plakat: Von links, dem Alter nach: Hinduismus, Buddhismus, Judentum, Christentum, Islam. FJR

„Keiner darf im Namen Gottes töten“ – der Eisenstädter Diözesanbischof Paul Iby stellte diesen Satz auf der „Friedensburg“ Schlaining mitten in die Diskussion über die Verantwortung der Religionen für Frieden und soziale Gerechtigkeit. „Beide Ausdrücke bedingen einander“, sagte Iby und erinnerte an das Zweite Vaticanum: „Friede ist nicht nur Abwesenheit vom Krieg, sondern ein Werk der Gerechtigkeit.“

Jede der sechs Religionsgemeinschaften, die am Podium vertreten waren, hat auch eine gewalttätige Geschichte, auf das Aufrechnen wurde verzichtet. Auf einen rein höflichen Disput ebenso. Der interreligiöse Dialog sei ohnedies „viel zu herzlich“, kritisierte die burgenländische evangelische Superintendentin Gertraud Knoll. Friedfertigkeit entstehe nicht durch

Konfliktverdrängung, sie sei auch mehr als „Selbsttraining“. „Friede ist etwas zum Beißen, nicht Harmonie in der Seele allein.“ Damit antwortete Knoll auf die Vizepräsidentin der Buddhistischen Religionsgesellschaft, Eva Maroscheck. Sie hatte den individuellen Trainingsweg des Buddhismus dem „absoluten Wahrheitsanspruch der abrahamitischen Religionen“ gegenübergestellt, „der Polarisierung, Hass und Aggression verursacht“ habe.

„Die Verantwortung des Individuums für seine Weiterentwicklung“ betonte auch Bimal Kundu von der Hinduistischen Gemeinde Wien, es müsse aber „von der Regierung soziale Gerechtigkeit einfordern“. Die Staaten zu den Idealen der sozialen Gerechtigkeit zu bewegen, dazu hätten Re-

ligionsführer keine Macht, sagte Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg, daher müssten sie selbst diese Ziele verwirklichen. Mit einem praktischen Vorschlag dazu kam Omar Al-Rawi von der Islamischen Glaubensgemeinschaft: „Die Religionsgemeinschaften müssen als politische Interessensvertretung gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit auftreten.“

### 20 Jahre Friedenszentrum

Vor 20 Jahren wurde im südburgenländischen Stadtschlaining das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung gegründet, auch heuer zeigte sich bei der Friedensakademie die Lebendigkeit der österreichischen Friedensbewegung. Neuwirth/kap

Quelle: KirchenZeitung, Wien, 21.7.2002, Thema der Woche, Bericht: Neuwirth, S. 4.

## Die EU als Vermittler, die EU als Modell

Sommerakademie auf Burg Schläining: Europas problematische Rolle als Friedensbringer

**Burg Schläining** – „Europa Macht Frieden“ war die diesjährige Internationale Sommerakademie überschrieben, die das Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (CSFK) heuer zum 19. Mal auf Burg Schläining abhielt. Zur vom STANDARD moderierten Schlussveranstaltung hatte das ÖSFK den Doyen der Friedensforschung, Johan Galtung, geladen, ungeduldtig wie immer mit Publikum und Mitdiskutanten, denen er vorwarf, visionlos zu braven Analysen gefangen zu bleiben: die Pragmatiker Otmar Höll vom Institut für Internationale Politik in Wien (ORF) und

Exminister Erwin Lanc (SPÖ), heute Internationales Institut für den Frieden.

Debei waren sich die Teilnehmer in der Beurteilung Europas als, wie Otmar Höll es formulierte, „global payer, aber nicht player“ durchaus einig. Europa, das als Vermittler oder Modell durchaus gefragt wäre, jedoch zur Enttäuschung von außen „sprachlos“ bleibe.

Auch bei den Gründen dafür – die „Polyphonie“ (Höll) in der EU – traf man sich, wobei Lanc Forderungen an eine EU-Sicherheitspolitik sehr präzise formulierte: Es gehörten eine eigenständige Russ-

landpolitik dazu, die Einbindung der Türkei, ein Austausch mit Nordafrika „ohne Neokolonialismus“ – und ein Eingreifen in den israelisch-palästinensischen Konflikt „mit handels- und finanzpolitischen Mitteln“.

### Hoffnungslos bilateral

Galtung forderte eine Internationalisierung des Nahostkonflikts; das Scheitern des „hoffnungslos bilateralen“ Oslo-Prozesses hatte er vorausgesagt. Die EU könne nicht als Vermittler, doch als Modell dienen. Galtung schwabte dabei eine Art arabischer Benelux vor. Schre-

ckensvisionen hat der Friedensforscher für den Fall eines US-Kriegs gegen den Irak: Israels Premier Ariel Sharon werde den Moment für einen „Transfar“ – die euphemistische Bezeichnung der israelischen Rechten für Deportation – von Palästinensern nach Jordanien nutzen, dessen König Abdullah II. die Destabilisierung des Landes auch physisch nicht überleben werde.

Die Gelegenheit für die EU, sich von den US-Plänen, in denen Galtung das „theologische Element der Satansausrottung“ ertast, zu distanzieren, bestehe jetzt. Allerdings spekulierte er einleitend, dass

die EU ihre Möglichkeiten zu einem Nein einmal mehr nicht nutzen werde, zumal einige EU-Mitgliedsländer, namentlich Deutschland, Spanien und Großbritannien, „die USA als Stellvertreter Gottes auf Erden“ sähen.

Höll zeigte sich überzeugt, dass gerade die Angst vor der von Galtung gezeichneten Destabilisierung des ganzen Mittleren Ostens die USA letztlich von einem Irak-Krieg abhalten werde; auch Lanc hielt das für möglich, sah aber auch die Gefahr einer „katastrophalen israelisch-amerikanischen Einsatzkombination“ (Gulja).

Quelle: Der Standard, Wien, 15.7.2002, Bericht: Gudrun Harrer, Seite 3.